

Baut unsere Städte um!

Der soziale Umbau von Stadt und Stadt in der Bürgergesellschaft Das Beispiel Augsburg

Beklagt wurden lange Zeit Individualismus, Verkleinerung der Familien, Überfremdung, Gettobildung und Rückgang des Ehrenamtes in den Städten – mit hin eine Art Werte – und Bindungsverfall.

Tatsächlich sind in den wichtigsten deutschen Großstädten die Mehrzahl Einpersonenhaushalte, die Ausländerrate zwischen 15 und 25 % und viele Handlungsbereiche von Schule über Sportverein bis zu Naturschutzaufgaben nicht mehr ohne Teilprofessionalisierung und teuer zu lösen.

Bei genauer Betrachtung stimmen die Klischees nicht: Individualisierung meint weniger den jungen Single als viele ältere Witwen, Überfremdung meint weniger die vielen unauffällig im Alltag integrierten Migranten als die Spektakulären „Geschwistermorde“, Moschee- und andere Konflikte.

Und Ehrenamt wächst : 37 % engagieren sich.

Was wir selbst von „Gesellschaft“ sehen, wird in einer auf vielen Milieus gestützten Großstadt subjektiv immer weniger, obwohl es mehr denn je zu sehen geben würde. Das macht auch den kommunalpolitisch so wichtigen Vereins- und Ehrenamtssektor so unbeweglich und traditionell. Selbsthilfe, Querschnitts-, Volunteer- und Spontan-Projekte, individuelle Engagements und neue Haltungen haben sich längst überall quer „durchgezogen“. Sie unterspülen die Strukturen sozusagen, dennoch in verschiedensten kulturellen Ausprägungen vom proletarischen Club bis zur multikulturellen Elite: Die Wortführer aber die Vorsitzenden und Geschäftsführer bewegen sich darüber hinweg. So zersplittert Stadt.

Diese Teilanalysen könnten in der Kulturpolitik, der Seniorenarbeit oder Umweltfragen fortgesetzt werden.

Die Stadt spiegelt gesellschaftliche Entwicklungen und bietet derzeit ein Spiegelbild des eher diffusen Umbaus des Sozialstaates und der globalen Veränderungen. Untersucht werden soll am konkreten Beispiel, zu was Kommunalpolitik führt, die selbst anfangs nicht nach neuen ordnungspolitischen Konzepten greift, um später sich an zivilgesellschaftlichen Zielen auszurichten.

Augsburg hatte in den achtziger Jahren zwar keinen ausgewiesenen Stadtteilbrennpunkt mit kumulierten Nachteilen (Kriminalität, Sozialhilfe, Migration, Wohnungssegregation etc.) aber eine parallele krisenhafte Entwicklung der Auszehrung der Wohnungsqualität in den Arbeiterquartieren, Mangel an In-

trastruktur, Zunahme an Transferleistungsempfängern und ethnischer Communities.

Durch die Skandalisierung Dritter (Stadtteil Oberhausen als „Abort“ der alten Reichsstadt in der überregionalen Presse) stieg der Druck auf die aktive Wohnbaugesellschaft der Stadt, WBG, besonders im Norden des Stadtteils (im Umgriff von ca. 7.000 unmittelbar betroffenen Bewohner der 20.000 im weiteren Stadtteil) etwas zu tun – städteplanerisch einen wertvollen Arbeiterwohnhof zu sanieren (Eschenhof).

Der Allgemeine Sozialdienst ergriff 1989 erstmals Gemeinwesenelemente für Oberhausen, 1988 für das Textilviertel.

1997 entstand eine Arbeitsgruppe integrierte Stadtteilentwicklung, ab 1999 die Mitwirkung am Bund-Land-Programm Soziale Stadt, noch einmal später (ca. 2001) mit Quartiersmanagerin und Außenstelle von Stadtjugendring, allgemeinem Sozialdienst und Gesprächskreisen von Fachkräften. Der Schwerpunkt blieb Wohnungspolitik.

Die Stadt Augsburg verfügt als Stadtgesellschaft im Wandel zwar über hinreichend breite Initiativen und Akteure, ergreift auch punktuell Maßnahmen an den gesellschaftlichen Schnittstellen, strukturiert die Entwicklung aber nicht.

Mit einer Art „laissez-faire“ entwickeln sich in allen Bereichen Parallelstrukturen und Methoden, die ihrerseits einer Bürgerschaft keine Orientierung geben. Bundespolitische Programme und Reformen werden nur überprüft an ihrem Nutzen und Mitnahmeeffekt.

Die Bürgergesellschaft erfordert im sozialen Umbau des Staates ein klares Ordnungskonzept, weil jede Reform sonst ausschließlich zum Leistungsabbau verkommt, schlimmer aber, weil die hier dargelegten Ambivalenzen nur die Zersplitterung und Ohnmacht in der Bürgerschaft stärken, statt solidarische Energien freizusetzen.

Das Sozialreferat hatte deshalb 2002 die Handlungs- und Verantwortungsräume neu zu vermessen, statt mit moralischen Appellen aufzuwarten.

Überall war die Frage zu lösen, wie der Bürgerschaftsanteil gestärkt, Synergien aller Fachbereiche genutzt, Verantwortung neu geordnet werden konnte.

Mit einer konsequenten Ausrichtung an Sozialraumorientierung und einer Neuorientierung der Kinder- und Schulpolitik wurde der Sanierungsschwerpunkt Soziale Stadt Augsburg-Oberhausen hinterfragt auf seine Schul-, Kinder- und Infrastruktursituation.

- a) Schulwegzuweisung (Sprenkel) wurde – mühsam – mit den bayerischen Schulbehörden verändert, die überlasteten Hauptschulen der

Stadtteile umstrukturiert und teilweise dem Zukunftsprogramm Bildung (IZBB) des Bundes zugeführt.

- b) Die aktive Regionalleiterin des Jugend- und Familienamtes zog Bundesprogrammmittel wie E & C sowie LOS (lokale Ökonomie) in den Stadtteil und gab den bisher oft folgenlos diskutierenden Fachgremien Projektmodelle zum „abarbeiten“.
- c) Parallel dazu wurden Gemeinwohlunternehmen des Arbeitsmarktes (Lehmbau e.V./ASB usw.) Zugänge zum Wohnungsbestand in Abstimmung von Sozialreferat und WBG geöffnet mit dem Ziel Sanierung und Arbeitsbeschaffung zu verbinden.
- d) Noch bevor die Städtesanierer den Quartiersplatz fertig stellen konnten, wurde vom Sozialreferat das gesamtstädtische Ferienprogramm seit 2003 programmatisch und stadtteilkulturell im „Eschenhof“ Oberhausen gestartet. Ebenfalls wurde ein erstes Jugendhilfepräventionsprojekt ambulanter Intervention von Oberhausen heraus gestartet.
- e) Durch die gleichzeitige Entwicklung des gesamtstädtischen „Bündnisses für Augsburg“ mit den Mikroprojekten Oberhausen, konnte über die Projektsteuerer in Amt und Referat Aufgaben und Projekte hin- und herentwickelt werden, quasi als Laboratorium.
- f) Von Seiten des Sozialreferates wird seit 2003 gleichzeitig gegengesteuert, damit der multidimensional gestützte Stadtteil kein Sonderprojekt bleibt.

Das Prinzip der Hoffeste wurde an 4 anderen brennpunktähnlichen Wohnhöfen im Konversionsgebiet Nordwest (mit weiteren sozialkulturellen Ortssinvestitionen auf der so benannten „Weltwiese“), Osten und Süden mit der WBG entwickelt.

Strategische Ausrichtung der Wohnpolitik

- a) Die aktivierte WBG ihrerseits finanzierte Milieustudien und ergriff die Initiative, im Osten einen Straßenzug sozial zu entwickeln (Lützowmeile mit barrierefreien Wohnungen, Familienhaus, Kindertagesstätte usw.). In einem weiteren typischen cityperipheren Stadtteil (Herrenbach) wurde ein Sanierungsprogramm des Landes abgerufen und die Elternaktion der Kindertagesstätten unterstützt. Ein Frauen-Wohnprojekt im Süden wurde öffentlich kommuniziert und in Abstimmung mit dem Sozialreferat alle Einfachstwohnungen im Umfeld der Obdachlosenproblematik in die normale Liegenschaftsverwaltung übernommen.
- b) Im engen Schulterschuß von WBG, städtisch-staatlicher Wohnbauförderung, Stiftungen und Sozialreferat werden weitere integrierte Wohnmodelle (Generationenübergreifend, Demenzgruppen, Wohnbörsenideen) in jedem Sozialraum angedacht.

- c) Im Vertrauen auf direkte gegenseitige Abstimmungsmöglichkeiten werden im Stadtrat großzügige Bemessungsgrenzen für Unterkunftskosten von ALG II-Empfänger festgelegt, um sowenig Umzüge als möglich notwendig zu machen (5,15 Euro/kalt bei vorrangigem Bedarf von 1 – 2 Personenhaus-halte).
- d) Das Sozialreferat unterstützt wiederum die WBG aus gesamtstädtischem Interesse im Großprojekt zur Konversion Augsburg-West/Sheridan mit dem Ziel vorrangig auf einkommensstärkere Kleinfamilien zu setzen.

Auch hier wird die WBG benötigt für eine ausgewogene Stadtteilentwicklung, jedoch nicht als Ausfallbürge verschiedener maroder Immobilien-träger.

Allerdings erweist sich das Fehlen von Eigentum der WBG im Augsburger Süden als strategischer Nachteil. Ebenso stellt die Diversifizierung unterschiedlicher Sanierungsstrategien der WBG angesichts neuer Milieugruppen (vgl. „Performer“ als hochmobile junge Mieter in der jüngsten Milieuanalyse) die Wohnbaugesellschaft vor schwierige Entscheidungen.

- d) Voraussichtlich wird es einer Weiterentwicklung der Planungstochtergesellschaft AGS bedürfen, weil die wohnraumpolitischen Aufgaben sich in dienstleistungsbegleitende Angebote verändern werden. Punktuell wird die WBG/AGS selbst befristetes sozial-kulturelles Quartiersmanagement, Mietermotivierung bei Sanierungen (wie im Kindertagesstättenbereich) und gesundheits-/altersbezogene Interventionen bei ihrem Mieterbestand brauchen, ggfs. auch Beiratsformen.

Ein Laboratorium der Bürgerstadt: Das Bündnis für Augsburg

Das erklärte Ziel Bürgerstadt durch Förderung aller Engagementformen erforderte 2002 den Spagat, ein Dach zu bauen, unter dem traditionelle Vereine, Initiativen, Fachkräfte bis Agenda 21 zumindest sich wiederfinden und der Start neuer Projekte möglich wird.

Das Sozialreferat wurde beauftragt und rief ein „Bündnis für Augsburg“ zusammen mit je 1/3 Vertreter von Stadt, Wirtschaft und Bürgerschaft, ließ durch den Oberbürgermeister eine Steuerungsgruppe benennen ohne einen Schritt auf eine wie auch immer geartete Vereinsgründung oder formalisierte Repräsentanz vorzunehmen.

Zwischenbilanz:

Die Architektur einer Zivilgesellschaft hat Wertebrücken:

- ***Eigenverantwortung und Solidarität stärken,***
- ***neue Partner gewinnen und als Stadt in der Verantwortung bleiben,***
- ***Verantwortung sozialräumlich neu vermessen und alle Akteure in vielen Kompromissen mitnehmen,***
- ***Teilhabe aus den 3 Sektoren Staat, Wirtschaft, Bürgerschaft (siehe Logo des Bündnisses für Augsburg) immer wieder sichern und trotzdem handeln, wenn eine Seite „schwächelt“,***
- ***Mitarbeiter anhalten zu größtmöglicher Bürgernähe und dennoch seine Person und Kompetenzen schützen im Dschungel der Bürgerschaftseinzelinteressen,***
- ***Beiräte (Senioren, Behinderte, Ausländer usw.) mitnehmen und deutlich machen, dass sie allein noch nicht Bürgergesellschaft in der Stadt sind.***

Augsburg wird seine Sozialverwaltung weiter regionalisieren und das Bündnis stärken.

Dies bedeutet in den hier dargestellten Kernfeldern Parallelstrukturen abbauen, Synergien (ernsthafte sozioökonomische Vernetzungen) herstellen, lokale und übergeordnete Ebene in eine „vertikale“ Vernetzung zu bringen um isolierte Projekte zu vermeiden. Es geht darum, immer wieder an den Sinn einer Reform zu erinnern, statt an der Umsetzung hängen zu bleiben.

Perspektive: Unsere Städte umbauen

Für eine neue Kultur der aktiven kommunalen Steuerung und Sozialraumentwicklung. Der Umbau des Staates ist in vollem Gange, die Städte längst in ambivalente Strukturen verwickelt, mit Aushandlungsprozessen beschäftigt. Die sozialkulturellen Fragen der Stadt sind wichtiger geworden als Steine und Mauern.

Die großen Neubebauungen sind so unrealistisch, wie die teuren Objekt-sanierungen. Der Umbau der Stadt zur Stadtgesellschaft ist der Umbau der Rollen, das andere Verständnis von Dienstleistungen „die schlichte“ Notwendigkeit zur Kooperation auf „engstem Raum“.

Für ein neues Staatsverständnis

Stadtverwaltungen haben die Chance, sich vom Mythos der Dienstleistungsbehörde zu befreien. Hierzu müssen sie für sich die „weichen“ Faktoren der Stadtentwicklung so wichtig nehmen wie den Haushaltsplan und den Umbau der Straßen, Museen, Bahnhöfe und der Müllabfuhr, sozusagen von der Stadt-GmbH vielfältiger Dienste und Kunden.

Mit Marketing für die Bürgerkommune ist es nicht getan, nicht mit „Sprechstunden“. Die Stadtgesellschaft der Bürgergesellschaft entsteht in Projekten, die anders laufen als bisher – einer anderen „Kultur“, einer viel deutlicheren Verantwortung für den Alltag und einer Verwaltung, die sich zu dieser steuernden Verantwortung bekennt.

Der Stadtumbau ist weder Sonntagsmoral noch teures Sozialprogramm.

Alles wird sich „rechnen“ müssen, eine andere Jugend- oder auch Wohnungspolitik. Die Verteilungskämpfe um kostenneutralen Umbau werden härter.

Möglicherweise wird die Kostenrechnung allerdings gelegentlich im Stadtrat demokratisch – nachhaltig – erfolgen. Dann stellt sich heraus, dass kurzfristige Profitstrategien Entwicklungskosten auf andere verschieben und auf Dauer dem Profitcenter selbst schadet, dass Kultur-, Sozial- und Bildungsinvestitionen sich gegenseitig nutzen müssen!

Der Diskurs Stadtgesellschaft nimmt Verwaltung und Bürger in die Pflicht, Staat und wirtschaftliche Einzelakteure. Er braucht neue Gremien, neue Rollen stärkt die Zivilgesellschaft mit und nicht gegen den Staat.

Die hier vorgelegten Themen können im Umwelt-, Kultur- oder Bildungsbereich genauso durchbuchstabiert werden. Keine Lösungen mehr „von oben“, keine Lösungen mehr ohne Synergien und neue Rollen zwischen Professionalität und Freiwilligkeit, zwischen Ökonomie und Nachhaltigkeit.

Aus Kunden und Leistungsempfänger Bürger zu machen ist die Aufgabe.

Die Bürgerschaft will keine marktradikale Lösung, weiss aber um die Notwendigkeit harter Reformen. Die Bürgerschaft muss die Sinnhaftigkeit der Reformschritte bis „hinunter“ zur lokalen Umsetzung spüren und die „Macht“ des neuen Bürgerengagements bis „oben“ wiedererkennen wollen.

Wer das nicht in Angriff nimmt, wird die sozialen Glasscherben der alten urbanen europäischen Stadtzentren aufkehren können, wird die Stadt der Puzzles, der unfertigen Reformen und einzelnen Milieus nicht mehr integrieren können, wird die Städte selbst zu Brennpunkten machen, derer die Menschen entfliehen.

Augsburg hat begonnen die Stadtgesellschaft umzubauen, Eigenverantwortung und Solidarität quer zu allen Politikbereichen zu ermöglichen.